

Partizipation und Inklusion

Handlungsempfehlungen:

1. Politik und Parteien dürfen ihre Bodenhaftung nicht verlieren, sie müssen sich authentisch und aufrichtig um die Belange der Menschen, insbesondere auch der „kleinen Leute“ bemühen und sie verstehen wollen.

Mehrfach hervorgehoben haben Diskutanten die Notwendigkeit, dass Parteien und Politiker als ehrlich und authentisch wahrgenommen werden. Die Nierenspende Steinmeiers und der für ihn damit verbundene Ansehensgewinn wurden als drastisches Beispiel für das Bedürfnis nach authentischem, glaubwürdigem Handeln angeführt. Menschen muss das Gefühl vermittelt werden, dass PolitikerInnen ihre Probleme wahrnehmen und überhaupt verstehen wollen. Dies schließt als Nebenaspekt auch ein, Politik insgesamt *positiver* darzustellen. Es bedeutet, diese Probleme lösen zu wollen – im Großen (durch ein programmatisch erkennbares Profil), aber auch durch Initiativen im Kleinen (genannt wurden etwa arbeiterkind.de oder auch die Armutskonferenz).

2. Vorbereitende Schulen der Demokratie sind unerlässlich; wenn der vorpolitische Raum nicht mehr in gleichem Maße wie früher durch die Politik erreichbar ist, muss dringend Ersatz gefunden werden.

Politik (und Demokratie) sind nicht für alle Menschen natürliche Bezugspunkte. Es braucht daher „Schulen der Demokratie“, in denen sich noch im vorpolitischen Raum das Interesse und die Fähigkeiten, um politisch aktiv zu werden, herausbilden können. Die Verbindung zwischen Bürgern und Parteien/Politikern sind allerdings loser geworden, „Linkage“ ist nicht mehr in gleichem Maße gegeben. Als Maßnahmenpaket ist diskutiert worden, zivilgesellschaftliche Projekte zu fördern, insbesondere auch die lokale Ebene zu stärken. Gleichzeitig ist eine punktuelle, themenbezogene Öffnung von Parteien gegenüber solchen Initiativen wünschenswert (Stichwort: Parteireform). Auch der Schule selbst kann eine zentrale Rolle zukommen, wie das Beispiel Bremen gezeigt hat. Die Absenkung des Wahlalters eröffnet Möglichkeiten, noch in der Schule Verbindungen junger Menschen zur Politik zu schaffen. Zugleich wurde bemängelt, dass die zunehmende Effizienzorientierung im Schul- und Hochschulwesen Zeitkapazitäten bindet, die dann für politisches Engagement fehlen.

3. Institutionelle Reformen, die Partizipation und Inklusion erhöhen, sind möglich.

Schließlich ist über institutionelle Reformen diskutiert worden. Eine Wahlpflicht wurde durchaus als Möglichkeit gegen soziale Selektivität in Erwägung gezogen, zugleich wurden allerdings praktische und auch Vermittlungsprobleme im Kontext der *Einführung* einer Wahlpflicht erörtert. Alternativ wurde über positive Anreize („30 Euro für jeden Wähler“) und flankierende Maßnahmen (Absenkung des Wahlalters) positiv diskutiert.

Nicht gelöst werden konnte das – altbekannte – Paradox zwischen der wünschenswerten Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und der nicht minder wünschenswerten Gleichheit von Partizipation.